

Diakonie 

Kurhessen-Waldeck



Arbeitslose im Abseits

Wenn Armut Mauern baut

Fakten gegen Vorurteile

Vorwort



Arbeitslos.
Es kann je-
den treffen,
von heute

auf morgen. Ob Bank oder Bauhof: Insolvenzen, betriebsbedingte Kündigungen oder die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer sind in wirtschaftlich schwierigen Zeiten häufige Gründe, um Mitarbeitende „frei“ zu setzen.

Angesichts von offiziell fast fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland steht der Verlust des Arbeitsplatzes oft für den Beginn einer langen Arbeitslosigkeit – allen Bemühungen der Betroffenen zum Trotz.

Erwerbsfähige Arbeitslose, die ihren Lebensunterhalt in der Regel nach einem Jahr von Arbeitslosengeld II zu bestreiten haben, müssen zuvor all ihr Vermögen offen legen. Ein Leben am Existenzminimum und der entsprechende Verlust des gewohnten Lebensstandards, Armut und Ausgrenzung, folgen.

Neben dieser bedrückenden Lebenssituation werden Arbeitslose besonders seit der Einführung von Hartz IV und dem damit verbundenen „Fördern und Fordern“ mit dem Generalverdacht des fehlenden Engagements konfrontiert.

Alt bekannte Vorurteile von vermeint-

lich arbeitsunwilligen Faulenzern und dem angeblich schönen Leben auf Staatskosten werden selbst von einigen Politikern verbreitet. Aber was ist dran an diesen Behauptungen? Halten sie den Fakten stand?

Die Diakonie in Kurhessen-Waldeck versucht vielerorts und auf vielfältige Weise, hilfebedürftige Arbeitslose und ihre Angehörigen zu unterstützen.

Damit Armut keine Mauern baut, soll vorliegende Broschüre für Solidarität und Verständnis gegenüber den betroffenen Menschen werben und

zugleich als Argumentationshilfe für alle Mitarbeitende in Diakonie und Kirche dienen.

Landespfarrer



Dr. Eberhard Schwarz

Diakonisches Werk
in Kurhessen-Waldeck e.V.

Kassel, im August 2005



Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe

Mit der Einführung von Hartz IV im Januar 2005 wurden die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt. Sozialhilfe erhalten nun nur noch erwerbsunfähige Hilfebedürftige.

Das hat die Zahl der Arbeitslosen statistisch deutlich erhöht und die der Sozialhilfeempfänger stark reduziert. So stieg z.B. im Agenturbezirk Kassel die Arbeitslosenzahl von 14,9 % (Juni 2004) auf 19,5 % (Juni 2005). Die Zahl der Sozialhilfeempfänger sank entsprechend von 9,9 % (Dezember 2003) auf 1,2 % (Juni 2005).

Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben und mindestens drei Stunden am Tag arbeiten können, gelten als erwerbsfähig und erhalten Arbeitslosengeld II

(Alg II). Der Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen beträgt bei Sozialhilfe und Alg II 345 Euro im Monat (plus Miete und Heizkostenpauschale).

Voraussetzung für den Bezug von Sozialhilfe oder Alg II ist jedoch die Hilfebedürftigkeit und nicht die Dauer der vorherigen versicherungspflichtigen Berufstätigkeit. Dafür müssen alle Vermögens- und Einkommensverhältnisse offen gelegt werden. Verdient der Ehe- oder Lebenspartner zu viel, gibt es keinerlei Leistungsansprüche – nicht einmal auf Förderung und Vermittlung durch die Arbeitsagenturen, die Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Kommunen oder optierenden Landkreise. Arbeitslose Frauen werden besonders oft mit dieser

Situation konfrontiert.

Leben Hilfebezieher in einer zu großen oder zu teuren Wohnung, werden sie in der Regel zum Umzug aufgefordert.

Zudem bedeutet „Fördern und Fordern“ für Alg II-Bezieher, dass sie auch zur Annahme von Praktika, Minijobs oder Arbeitsgelegenheiten (sog. Ein-Euro-Jobs) verpflichtet sind. In Eingliederungsvereinbarungen werden die Pflichten von Alg II-Beziehern verbindlich festgelegt. Sonst drohen Sanktionen.



„Wer arbeiten will, findet auch Arbeit ...“

Fakten:

Im Juni 2005 waren laut Bundesagentur für Arbeit (BA) 8,7 % oder 267.217 Menschen in Hessen arbeitslos. Dem standen im selben Monat ca. 26.500 offene Stellen bei hessischen Arbeitsagenturen gegenüber. Die regionalen Unterschiede sind dabei groß: Der Agenturbezirk Kassel wies eine Arbeitslosenquote von 12,8 %, der von Fulda 6,7 % auf.

Auch die Lage auf dem hessischen Ausbildungsmarkt ist schwierig. So kamen Ende Juni 2005 rund 20.000 Bewerber auf 6.000

freie Ausbildungsplätze. Das heißt, 100 Jugendliche bewarben sich auf 29 Plätze, in Nordhessen gar 100 auf 19.

Wie bereits der Arbeitslosenreport 1999 belegt, ist über 90 % aller arbeitslosen Westdeutschen die Arbeitsplatzsuche wichtig bis sehr wichtig. 43 % schätzen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt aber als schlecht, davon 19 % sogar als nahezu aussichtslos ein.

Trotz dieser Tatsachen tauchten bisher vor Wahlen und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten regelmäßig

„Faulenzer- und Drückeberger-Debatten“ in den Medien auf.

Fazit:

Angesichts der lang anhaltenden Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ist die Chance auf eine Stelle gering. Hier mangelt es nicht an Motivation der Arbeitslosen, sondern an ausreichenden Arbeitsplätzen.

„Die meisten Arbeitslosen wollen doch gar nicht arbeiten ...“



Fakten:

Die Zahl der offenen Stellen ist in Deutschland kontinuierlich gesunken. Gab es 2000 noch 1.451.000 Stellen zu besetzen, waren es 2004 nur noch 729.000.

Damit besteht derzeit ein Zahlen-Missverhältnis von angebotenen Stellen und Arbeitslosen von etwa eins zu zwölf. Zudem werden nur knapp 30 Prozent aller offenen Arbeitsplätze bei den Arbeitsagenturen registriert. Der große Rest wird über andere Wege besetzt. Das zeigt, dass sich Arbeitslose meist durch eigene Aktivität um eine neue Stelle bemühen.

Das Beispiel Kassel macht die derzeit schwierige Lage für Arbeitslose deutlich:

Im Agenturbezirk Kassel waren im Juni 2005 38.838 Männer und Frauen arbeitslos gemeldet. Davon waren 14.428 Langzeitarbeitslose und 4.446 unter 25 Jahren alt. Bei lediglich 2.251 offenen Stellen ist es absurd, diesen Menschen mangelndes Engagement vorzuwerfen.

Tatsächlich hat sich nach Aussage des Arbeitslosenreportes von 1999 die Zahl der Bewerbungen je Betroffenen seit 1994 mehr als verdoppelt: So bewarben sich 1999 Arbeitslose im Durchschnitt

29 mal (in Westdeutschland sogar 33 mal). 1994 lag die durchschnittliche Quote noch bei 14 Bewerbungen.

Arbeitslose versuchen also sehr aktiv, ihre Situation zu verändern. Das große Interesse vieler Betroffener an Arbeitsgelegenheiten belegt dieses Engagement: 194.000 Alg II-Bezieher in Deutschland gingen nach Auskunft der Bundesagentur im Juni 2005 einer Arbeitsgelegenheit nach.

Fazit:

Arbeitslosigkeit hat nichts mit der fehlenden Motivation der Arbeitslosen, sondern mit einem Mangel an Arbeitsplätzen zu tun.

„Arbeitslose sind nicht flexibel und mobil genug ...“

Fakten:

Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) würden Arbeitslose für eine neue Stelle erhebliche Verschlechterungen gegenüber ihrem früheren Arbeitsplatz auf sich nehmen. 86 % würden einen Berufswechsel, 85 % einen längeren Arbeitsweg, 87 % Arbeit unter ihrer Qualifikation und 74 % einen geringeren Verdienst akzeptieren.

Auch die bereits erwähnte hohe Nachfrage

nach Arbeitsgelegenheiten zeigt die Flexibilität von Arbeitslosen.

Die neuen Zumutbarkeitsregelungen verpflichten die Alg II-Bezieher überdies zur Flexibilität und Mobilität.

Fazit:

Von mangelnder Flexibilität der Arbeitslosen kann weder in Bezug auf Wohnort, Verdienst noch Art der Tätigkeit die Rede sein.

„Ausländer und Asylanten nehmen uns die Arbeitsplätze weg ...“



Fakten:

„Die Ausländer“ gibt es nicht. Je nach Migrationsgrund gibt es verschiedene Gruppen von Zuwanderern. Dabei benötigen z.B. EU-Bürger oder anerkannte Flüchtlinge keine Arbeitsgenehmigung, andere Gruppen haben einen nachrangigen Arbeitsmarktzugang. Letztere können Deutschen also überhaupt keine Arbeitsplätze „weg nehmen“.

Schließlich werden sie nur dann eingestellt, wenn sich kein Deutscher für die Stelle findet.

Außerdem haben Städte mit einem besonders hohen Ausländeranteil wie Frankfurt am Main, Stuttgart oder München (ca. 20 – 30 %) nur eine durchschnittliche Arbeitslosenquote. Demgegenüber gibt

es in Städten wie Leipzig oder Dresden mit einem niedrigen Ausländeranteil eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit. Hier besteht demnach offensichtlich kein Zusammenhang.

Ausländer schaffen als Selbstständige sogar Arbeitsplätze in Deutschland: Nach einer Studie der Deutschen Ausgleichsbank von 2003 entstehen durch ausländische Existenzgründer durchschnittlich fünf Arbeitsplätze und damit mehr als doppelt so viele Arbeitsplätze wie bei deutschen Exi-

stenzgründungen. 1999 sorgten allein 55.000 türkische Selbstständige für rund 300.000 Arbeitsplätze.

Nicht zuletzt sichern Ausländer als Konsumenten auch Arbeitsplätze in Deutschland und als Beitrags- und Steuerzahler die deutschen Staatsfinanzen. Wie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) errechnete, zahlten Ausländer 1995 7,5 Mrd. Euro mehr an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen (17,5 Mrd. Euro), als sie an Sozialleistungen erhielten (10 Mrd. Euro) .

Fazit:

Nicht ausländische Erwerbstätige, sondern wirtschaftliche Entwicklungen haben die Massenarbeitslosigkeit verursacht. Anstatt einzelne Gruppen auszugrenzen, müssen neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

„Arbeitslose bekommen zu viel Geld ...“

Fakten:

Seit 2005 gilt nicht mehr das Prinzip der Bedarfsdeckung, sondern der Grundsicherung.

Das heißt auch, dass Langzeitarbeitslose, deren Partner über ein zu hohes eigenes Einkommen verfügt, weder Arbeitslosengeld II noch Sozialhilfe bekommen.

Nach der EU-Armutsgrenze liegen die Sozialhilfe- und Alg II-Regelsätze überdies deutlich unter der Armutsgrenze. Demzufolge gilt als arm, wer weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens vergleichbarer Haushalte zur Verfügung hat. In Deutschland liegt diese Armutsgrenze in den alten Bundesländern bei 730,20 Euro, in den neuen bei 604,80 Euro. Im Übrigen können

erwerbsfähige Langzeitarbeitslose nicht zwischen Arbeit und Alg II wählen. Die seit Januar 2005 geltenden Zumutbarkeitsregelungen verpflichten sie dazu, fast jeden Job anzunehmen. Wer diese Angebote ablehnt, muss eine Kürzung des Arbeitslosengeldes um zunächst 30 % hinnehmen. Jugendlichen bis 25 Jahren können die Leistungen sogar für drei Monate ganz gestrichen werden.

Fazit:

Arbeitslosengeld II ist keineswegs üppig und schützt seine Bezieher nicht vor Armut. Im Gegenteil: Die Regelsätze erlauben manchmal noch nicht einmal ein Leben am Existenzminimum.

„Es gibt zu viel Missbrauch bei Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe ...“



Fakten:

Nur wer seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse offenlegt, erhält überhaupt Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe. Damit wird ein Missbrauch deutlich erschwert. Die Schadenssummen sind deshalb eher gering. Während z.B. am Ende des 20. Jahrhunderts durch „Sozialmissbrauch“ ein jährlicher Schaden von höchstens 1,02 Milliarden Euro entstand, verursachte die Wirtschaftskriminalität eine hundertfache Schadenssumme von mindestens 102 Milliarden Euro.

Tatsächlich haben Großbetriebe nur alle 3,8 Jahre, Kleinbetriebe und Hessens derzeit 1.380 Millionäre sogar nur alle 23 Jahre mit

einer Steuerprüfung zu rechnen. Dabei haben hessische Betriebsprüfer allein im Jahr 2000 Steuernachzahlungen von rund 1,3 Milliarden Euro ermittelt.

Fazit:

Angesichts der tatsächlichen Missbrauchszahlen bei Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe liegt der Verdacht nahe, dass die Missbrauchsdebatte der Stimmungsmache dient und von der Verantwortung von Politik und Wirtschaft ablenken soll.

„Unser Sozialstaat kann nur überleben, wenn die Sozialleistungen gesenkt werden ...“

Fakten:

Von 1990 bis 2001 stieg das Gesamtsteueraufkommen um rund 70 % (197,2 Mrd. Euro). Davon waren Lohn- und Umsatzsteuer 137 Mrd. Euro (70 %), während die übrigen Gewinnsteuern abnahmen und die Vermögenssteuer ausgesetzt wurde.

2001 betrug die Einkommenssteuer 9,5 Mrd. Euro und damit weniger als die Hälfte von 1990. Die deutschen Kapitalgesellschaften bekamen im selben Jahr mehr Steuern von den Finanzämtern zurückgezahlt, als sie einzahlten. Körperschafts- und veranlagte Einkommenssteuer trugen 2001 nur noch 2,3 % zum gesam-

ten Steueraufkommen bei.

Gleichzeitig erhöhte sich das Armutsrisiko in Deutschland: Seit den 1990er Jahren blieben die Regelsätze der Sozialhilfe hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung zurück.

Fazit:

Das Problem liegt nicht bei den Sozialausgaben, sondern in der Einnahmentwicklung der öffentlichen Haushalte. Geld ist aber genug da – es muss nur auch für den Sozialstaat eingesetzt werden.

Nachwort

„Die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weder für die betroffenen Menschen noch für den Sozialstaat hinnehmbar“, beklagten die deutschen Kirchen in ihrem Sozialwort 1997. Obwohl die Arbeitslosigkeit ein gesamtwirtschaftliches Problem darstelle, sei das Vorurteil weit verbreitet, sie beruhe auf individuellem Versagen. Viele Arbeitslose bezögen solche Schuldzuweisungen auf sich, zögen sich aus Scham zurück und fühlten sich vielfach ausgegrenzt.

An dieser Feststellung hat sich nichts geändert: Die Arbeitslosigkeit hat noch zugenommen, die Vorurteile gegen Arbeitslose finden nach wie vor weite Verbreitung. De facto bemühen

sich Arbeitslose jedoch meist sehr engagiert um einen Arbeitsplatz, sind aber angesichts der andauernden Massenarbeitslosigkeit oft chancenlos. Ein Leben am Existenzminimum und der vermeintliche Makel der Arbeitslosigkeit belasten viele Betroffene sehr. Sie fühlen sich stigmatisiert und minderwertig, isolieren sich und ihre Familien immer mehr, geraten ins Abseits.

Helfen Sie mit, diese Probleme öffentlich zu machen. Widersprechen Sie den gängigen Vorurteilen gegen Arbeitslose und versuchen Sie, den Betroffenen Wege aus dem Abseits zu zeigen.

Diakonie will diesen Menschen in Nächsten-

liebe und Solidarität beistehen und Mauern einreißen.

Unterstützen Sie uns dabei.



Adamy, Wilhelm: Arbeit statt Stütze lohnt sich. In: Soziale Sicherheit Nr. 8/9, 2001. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Statistisches Taschenbuch 1999. Arbeits- und Sozialstatistik Bonn 2000.

Bündnis „Soziale Gerechtigkeit in Hessen“: 10 Vorurteile gegen Arbeitslose und Sozialhilfeberechtigte und mehr als 10 Argumente dagegen. Frankfurt 2003.

Deutsche Ausgleichsbank: Wirtschaftsdynamik durch Existenzgründungen von Ausländern. Berlin 2003.

Deutscher Städtetag: Die Debatte um die Faulenzer verdeckt die wahren Probleme. Berlin, Köln 2001.

Diakonisches Werk der EKD: Sozialhilfe. Argumente gegen Vorurteile. Berlin 2003.

Eißel, Dieter: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Lohnzurückhaltung und öffentliche Sparkurse? Aktualisierter Vortrag vom 04.03.2002.

Eißel, Dieter: Steuergerechtigkeit. Vortrag vom 16.01.2003.

Winkler, Gunnar u.a.: Arbeitslosenreport 1999. Repräsentative Befragung von Arbeitslosigkeit Betroffener in Deutschland. Berlin 1999.

Gebauer, R. und Petschauer, H.: Kritik der Armutsfalle. Schlussbericht für die Hans-Böckler-Stiftung. Leipzig 2001.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: „Wie viel würden Arbeitslose für einen Arbeitsplatz in Kauf nehmen?“ IAB Kurzbericht Nr. 25, 6.12.2002.

LAK Niedersachsen, DGB Niedersachsen/Bremen: Vorurteile gegen Arbeitslose und Sozialhilfeberechtigte und mehr als 10 Argumente dagegen. Hannover 2001.

Leibfried, Stephan: Reform der Sozialhilfe aus Sicht der Wissenschaft. In: Zeitschrift für Sozialreform Nr. 6, 1995.

Position des Diakonischen Werkes der EKD zu der Diskussion um eine Reform der Sozialhilfe vom 28.01.2002: http://www.diakonie.de/downloads/020124_soz_hilfe.pdf.

Schmid, Günter u.a.: Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen einer Debatte. In: Wissenschafts-Zentrum Berlin-Mitteilungen. September 2001.

Sozialgesetzbuch II und XII: http://www.bmgs.bund.de/download/gesetze_web/sgb02/sgb02xinhalt.htm
http://www.bmgs.bund.de/download/gesetze_web/SGB12/sgb12xinhalt.htm.

Sozialwort der Kirchen von 1997: www.ekd.de/EKD-Texte.

Statistisches Bundesamt: www.destatis.de.

Weber, Kai: Anmerkungen zur Asyldebatte. In: Zeitschrift für Flüchtlingspolitik in Niedersachsen, Ausgabe 4-5/2000 (hier zitiert: RWI-Studie).

Vobruba, Georg: Und sie arbeiten doch! In: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 10, 2001.

Werkstatt Ökonomie (Hg.): Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln. Heidelberg 2002.

Wort der Diakonischen Konferenz vom 14.10.2004: <http://www.diakonie.de/downloads/DK-Statement-Armut-2004.pdf>.

www.bundesagentur.de.

Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005.



Impressum

Herausgeber:

Diakonisches Werk in Kurhessen-Waldeck e.V.
Kölnische Straße 136
34119 Kassel

☎ (0561) 10 95 - 0
FAX (0561) 10 95 - 295
e-Mail: info@dwkw.de
Internet: www.dwkw.de

Autoren:

Hans Barbknecht, Gerd Bechtel, Petra Brietzke, Eugen Deterding,
Annegret Höhmann, Elsbeth Wettlaufer

Redaktion:

Margarethe Leichle

Layout:

Claus-Dieter Suß

Fotos:

Leonhard & Kern, Stuttgart; Privat

August 2005

Arbeitslose im Abseits

Wenn Armut Mauern baut

Fakten gegen Vorurteile



Diakonie 

Kurhessen-Waldeck